



Immer noch kein Konsens für eine ambitionierte Klimapolitik! Nun sind die Staaten gefordert!

Die 26. Weltklimakonferenz im schottischen Glasgow findet deutliche Worte für die gigantische Bedrohung durch den Klimawandel. Auch an ambitionierten allgemeinen Zielen, den Klimawandel zu stoppen, sparte die Weltkonferenz nicht. **Aber: Es reicht nicht aus, die Zukunftslosigkeit der fossilen Welt zu erklären. Es geht darum, sie jetzt nachhaltig zu verändern: ökologisch und sozialgerecht ambitioniert, für alle Menschen, heutige und zukünftige Generationen!** Leider gab es in Glasgow keine ausreichenden Absprachen für diese Veränderungen.

Trotz des recht klaren Blicks auf die drohende Katastrophe drifteten die Interessen der Weltgemeinschaft immer noch zu weit auseinander, um eine verbindliche gemeinsame Roadmap für das 1,5 Grad-Ziel von Paris in Kraft zu setzen. Die Verabschiedung einer Regelung, um die immer größeren Schäden und Verluste durch den Klimawandel auszugleichen – besonders wichtig für die ärmsten Länder –, scheiterte erneut.

Dennoch mehren sich Zeichen, dass mit neuer Dynamik eine zielgerichtete ambitionierte Verbindlichkeit im Handeln der Weltgemeinschaft erreicht werden kann.

So wurde im Glasgower Klimapakt erstmalig der Ausstieg aus der Kohle als wesentlich für einen erfolgreichen Klimaschutz benannt (eigentlich eine Selbstverständlichkeit – nicht jedoch im internationalen Kontext). Die Aufforderung „rasche, tiefe und nachhaltige Schritte“ zu gehen, nationale Klimapläne umgehend nachzubessern und die Subventionierung fossiler Energien zu beenden, weisen in die richtige Richtung. Ebenso schaffen freiwillige Initiativen von Staaten eine neue Dynamik, etwa beim Ausstieg aus der Finanzierung fossiler Energien, beim Verbot des Verbrennungsmotors (jedoch ohne Deutschland!), bei der Minderung von Methan-Emissionen etc. Wichtig ist auch, dass die USA, nachdem Trump das Klimaabkommen gekündigt hatte, wieder als Protagonisten des Klimaschutzes zurück sind.

Dennoch verläuft der Gesamtprozess viel zu langsam. Damit dieser beschleunigt wird, kommt es jetzt auf das Handeln auf nationaler Ebene an. Die neue Bundesregierung muss umgehend mit einem deutlich ambitionierteren Programm in die Umsetzung des Klimaschutzes starten. Ein schneller Kohleausstieg – im Jahr 2030 statt 2038 nicht nur „idealerweise“ –, verbunden mit einem Emissionsminderungsziel von 70% im Jahr 2030 gegenüber 1990, wäre hier die richtige Strategie. Zudem müssen sämtliche Subventionen fossiler Energieträger schnell abgebaut werden.

Wir stehen vor massiven Veränderungen, vor einer Zeit des Wandels in fast allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen, einem Wandel, der nicht nur ökologisch ambitioniert, sondern auch sozialgerecht und mit Blick auf die Lebenschancen nachwachsende Generationen fair gestaltet werden muss. Sorge bereitet mir, dass dieser Wandel immer schwieriger werden wird, je länger wir zögern, ihn zu beginnen.

Als Christinnen und Christen blicken wir mit Hoffnung auf die uns verheißene zukünftige Welt, eine Welt, in der Gerechtigkeit und Frieden herrschen und in der die Schöpfung bewahrt sein wird. Diese Kraft spendende Hoffnung in Wort und Tat in die Welt zu tragen, scheint mir gerade heute eine wichtige Aufgabe für unsere Kirche und für alle Christinnen und Christen zu sein. Dazu gehören die Klimapilgerinnen und Klimapilger, die auf ihrem Weg nach Glasgow in Gottesdiensten die Bewahrung der Schöpfung feierten und in vielen Veranstaltungen über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Klimaschutzes informierten sowie die Aktion Klimafasten, die in der Fastenzeit dazu einlädt, weniger zu konsumieren und schöpfungsfreundlicher zu leben. Dazu gehört unser klimapolitisches Engagement mit vielen anderen Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel die Klimaallianz Deutschland. Dazu gehört auch, dass wir den Klimaschutz in der eigenen Organisation schneller voranbringen. Dies ist verbunden mit teilweise schwierigen Entscheidungen, erfordert nicht unerhebliche Investitionen und braucht eine große Verbindlichkeit.

Hier ist die EKvW am Wochenende einen wesentlichen Schritt vorangekommen. Zum einen hat die Landessynode beschlossen, die Umsetzung der Klimaneutralität bis 2040 mit höchster Priorität zu verfolgen und dabei zu überprüfen, ob eine vorgezogene Klimaneutralität bis 2035 möglich ist.

Zum anderen wurde die Kirchenleitung der EKvW gebeten, zeitnah grundlegende rechtliche, finanzielle und personelle Rahmenbedingungen für den Klimaschutz, zum Beispiel in Form eines Klimaschutzgesetzes, zu erarbeiten. Kurzfristig sollen erste Klimaschutzmanagerinnen und -manager, unterstützt von Fachleuten auf landeskirchlicher Ebene, in den Kirchenkreisen eingesetzt werden.

Klaus Breyer

Bilanz- und Impulspapier der EKvW [„EKvW klimaneutral 2040“](#)